

Der Sächsische Erzähler

Bischofswerdaer

Tageblatt

Einzige Tageszeitung im Amtsgerichtsbezirk Bischofswerda und den angrenzenden Gebieten. Dies Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft, der Schulinspektion und des Hauptzollamts zu Bautzen, des Amtsgerichts, des Finanzamtes und des Stadtrats zu Bischofswerda.



Unabhängige Zeitung für alle Stände in Stadt und Land. Dichteste Verbreitung in allen Volksschichten. Beilagen: Bilderwoche, Jugend u. Deutschland, Mode vom Tag, Frau und Heim, Landwirtschaftliche Beilage. — Druck und Verlag von Friedrich Max G. m. b. H. in Bischofswerda. Fernsprecher Nr. 444 und 445

Ercheinungsweise: Jeden Werktag abends für den folgenden Tag. Bezugspreis für die Zeit eines halben Monats: Frei ins Haus halbmöndlich Mk. 1.20, beim Abholen in der Geschäftsstelle wöchentlich 50 Pfg. Einzelnummer 10 Pfg. (Sonntags- und Feiertagsnummer 15 Pfg.) — Alle Postämter, sowie unsere Zeitungsausträger u. die Geschäftsstelle nehmen Bestellungen entgegen.

Postfach-Konto: Amt Dresden Nr. 1521. Gemeindeverbandsgewerkschaft Bischofswerda Konto Nr. 64. Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger legend weicher Erklärung des Betriebes der Zeitung oder der Besondereinrichtungen — hat der Besteller keinen Anspruch auf Wersetzung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.

Anzeigenpreis (in Reichsmark): Die 43 mm breite einpaltige Grundzeile 25 Pfg., dreipaltige 20 Pfg., die 10 mm breite Reklamezeile (im Textteil) 70 Pfg. Für das Erstellen von Anzeigen in bestimmten Nummern und an bestimmten Plätzen keine Gebühr. — Rabatt nach Art. — Für Sammelanzeigen tarifmäßigen Aufschlag. — Erfüllungsort Bischofswerda

Nr. 263

Freitag, den 11. November 1927.

82. Jahrgang

Tageschau.

Das internationale Übereinkommen über die Abschaffung der Ein- und Ausfuhrverbote und Beschränkungen wurde Mittwoch nachmittag von 18 Ländern unterzeichnet, darunter Deutschland, Oesterreich, Belgien, Großbritannien, Dänemark, Frankreich, Italien, Japan, Holland, Schweiz, Tschecho-Slowakei und Ungarn.

* In amerikanischen Finanzkreisen rechnet man mit der Möglichkeit eines neuen Gutachtens des Reparationsagenten an den Reichsfinanzminister.

* Die passive Resistenz der tschechischen Eisenbahner ist am Mittwoch beendet worden, nachdem der Ministerpräsident die Gleichstellung mit den übrigen Staatsangestellten zugesichert hatte.

Zu den mit * bezeichneten Meldungen finden die Leser Ausführliches an anderer Stelle.

Die Reichsschulden.

Von Geh. Reg.-Rat Dr. Duack, M. d. R.

Die Schuldenfrage entwickelt sich zu einem Zentralproblem unserer Finanzpolitik. Sie hängt mit der Außenpolitik ebenso wie mit der Zukunft unserer Wirtschaft aufs engste zusammen.

Der Dawesplan geht von der Auffassung aus, das Deutsche Reich habe sich durch die Inflation entschuldet.

Die Auffassung ist irrig. Für Juli 1927 gibt das Statistische Reichsamt als Gesamtschuldsumme des Deutschen Reiches die Summe von 4 1/2 Milliarden Mark an. In dieser Summe ist aber nicht enthalten die Dawesanleihe, die wir zur Bezahlung der Kriegskredite aufgenommen haben im Betrage von 800 Millionen Mark. Weshalb dieser so wichtige Posten nicht aufgeführt ist, bedarf der Aufklärung. Die Gesamtschuldsumme ist also über 5,1 Milliarden Mark.

Vor dem Kriege betrug die Schuldsumme des Deutschen Reiches noch nicht 5 Milliarden Mark; mit anderen Worten: Der Schuldenstand vor dem Kriege ist bereits überschritten.

Will man aber die tatsächliche Belastung ermessen, die in der Schuldsumme für das deutsche Volk liegt, so muß man auch die Zinslast berücksichtigen. Die Zinsen sind aber heute weit höher als im Frieden. Haben wir doch für die Dawesanleihe 8 Prozent Zinsen zu zahlen gegen 4 1/2 bis 5 Prozent vor dem Kriege.

Ein zweites erschwerendes Moment liegt darin, daß ein Teil dieser Reichsschulden Auslandsschulden sind, nämlich von 5,1 Milliarden 1700 Millionen Mark.

Es bedarf keiner näheren Darlegung, wie gefährlich es für einen Staat ist, wenn er sich in fremder Währung verschuldet. Diese Gefahr ist doppelt groß für ein Reich wie Deutschland, dessen Volkswirtschaft eine passive Zahlungs- und Handelsbilanz hat, also jährlich keinen Ueberschuß an fremden Devisen herbeizumanteln, sondern jedes Jahr Devisen schuldig wird.

So ist die Verschuldung des Reiches ans Ausland nur ein Teil unserer Auslandsschulden. Mit dem Reiche wetteifern in dieser Beziehung die Länder und Gemeinden; aber auch die Wirtschaft hat gewaltige Auslandskapitalien aufgenommen. Die gesamten Auslandsschulden Deutschlands sind auf mindestens 10 Milliarden Mark zu beziffern.

Selbstverständlich wäre es wichtig zu wissen, wie hoch neben den Reichsschulden die Schulden der Länder, Gemeinden und sonstigen öffentlichen Verbände insgesamt sind. Indessen ist es noch bis heute (Herbst 1927) nicht gelungen, eine brauchbare Statistik zu erhalten.

Alle diese Schulden aber verschwinden gegenüber der ungeheuren Verschuldung des Reiches durch den Dawesplan. Bekanntlich haben wir in jedem Jahre 2 1/2 Milliarden Mark zu zahlen. Bei Annahme einer 5prozentigen Verzinsung (man kann mit sinkendem Zinsfuß rechnen) bedeutet das eine Kapitalverschuldung von mindestens 50 Milliarden Mark. Heute also ruht bereits auf dem deutschen Volke eine Gesamtauslandsschuld von mindestens 60 Milliarden Mark.

Aber hiermit ist noch kein Ende der Gefahren gegeben. Die Gefahr liegt außer in der Höhe der Schulden in dem Fortschreiten der Verschuldung. Fast in jedem Jahre führen wir für Milliarden fremde Lebens- und Genussmittel ein, für die wir eine Deckung nicht haben. Im Jahre 1924 blieben wir etwa 2,7 Milliarden schuldig, im Jahre 1925 etwa 4,3 Milliarden; in dem relativ günstigen Jahre 1926 blieben wir etwa 4 Milliarden schuldig. Im laufenden Jahre 1927 wird die Schuldsumme bei etwa vier

Milliarden liegen. Unter dieser Annahme würde allein unsere Handelsverschuldung seit der Stabilisierung 11 bis 12 Milliarden Mark betragen. Diesen Verlustposten im Verhältnis zum Ausland stehen keine oder nur höchst geringe Aktiva posten gegenüber, weil wir nicht mehr die gewaltigen Einnahmen aus unserem Auslandsvermögen haben, das uns durch das Versailles Diktat geraubt wurde.

Die Vorgeschichte der Gilbert-Denkschrift.

Berlin, 9. Nov. Der dem amerikanischen Schatzsekretär Mellon häufig als Sprachrohr dienende Philadelphia Public Ledger schreibt über die Vorgeschichte des Gilbert-Memorandums, daß im vergangenen Sommer Anzeichen für eine Schwächung des deutschen Kredits in Amerika bemerkbar wurden. In Deutschland sei man darüber besorgt gewesen und habe Gilbert nach den Ursachen gefragt. Dieser habe geantwortet, die Ursachen seien in Deutschland selbst zu suchen, wo sich Mangel an Sparbarkeit bemerkbar mache. Zu einem Zeitpunkt, da Deutschland sich darauf vorbereiten sollte, den hohen Anforderungen des nächsten Jahres gerecht zu werden, lasse es sich zu verschwenderischen Ausgaben verleiten, als ob alle Sorgen bereits überstanden wären. (11)

In diesem Zusammenhang meldet die Postische Zeitung aus New York, daß die amerikanischen Bankiers im allgemeinen die kommende Ruhepause auf dem deutschen Anleihemarkte begrüßen, weil das Tempo der neuen Emissionen in den letzten Wochen reichlich heftig und der Markt mit neuem Material überfüllt worden sei. Die Bankiers verzeihen aber demgegenüber auf der Passivseite, daß das Memorandum Gilberts eine der wichtigsten Abfuhrmöglichkeiten des überflüssigen Kapitals in Amerika mehr oder weniger verstopft habe. Die amerikanischen Bankiers vertreten die Ansicht, daß die Anleihen einen Vorrang vor den Reparationsverpflichtungen haben, und man hoffe, daß das Staatsdepartement sich zu der Ansicht der Bankiers bekehren werde. Nur auf diesem Wege sehe man in New Yorker Bankkreisen die Möglichkeit, das ganze Reparationsproblem im Zusammenhang mit dem Schuldenproblem anzuschneiden und eine allgemeine Konferenz, die ja einmal kommen müsse, dem Staatsdepartement schmackhafter zu machen. Innenpolitisch — amerikanisch gesprochen — bedeute die Aktion Parker Gilberts den einstweiligen Sieg der politischen Führung Washingtons, das die ganze Frage bis nach den Wahlen von 1928 vertagen wolle.

Ein neues Gutachten Gilberts?

Berlin, 9. Nov. In amerikanischen Finanzkreisen erwartet man mit Interesse den Fortgang der mündlichen Beratungen zwischen Parker Gilbert und dem deutschen Reichsfinanzminister. Da die deutsche Antwort nicht voll befriedigt hat, rechnet man mit der Möglichkeit, daß der Reparationsagent, falls in den neuen Besprechungen keine Einigung erzielt wird, seine Auffassung über die strittigen Punkte in präzipitierter Form in einem neuen Memorandum an Köhler niederlegt.

Senator Borah gegen Gilberts Auffassung.

New York, 9. Nov. Senator Borah erklärte, daß Deutschland wie jede andere europäische Nation nicht mehr Anleihen aufnehmen, als es erwirtschaften könne. Parker Gilbert scheine sich, als er sein Memorandum der Öffentlichkeit übergeben habe, nicht klar darüber gewesen zu sein, wohin seine Kritik führen könne. Er sei der Ueberszeugung, daß die Eigentumsrückgabe Deutschland außerordentlich helfen würde, das gerade jetzt mit starkem finanziellen Druck belastet sei. Er hoffe, daß in der nächsten Kongresssession die Eigentumsrückgabe beschlossen werden würde.

Zentralstelle für Reparationsfragen.

Berlin, 9. Nov. Das Reichskabinett stimmte in seiner heutigen Sitzung dem vom Reichsminister der Finanzen bereits vor längerer Zeit unterbreiteten Vorschlag auf Bildung eines reparationspolitischen Ausschusses der Reichsregierung zu.

Durch den Kabinettsbeschluss auf Einsetzung eines reparationspolitischen Ausschusses des Reichskabinetts ist die Frage einer Zusammensetzung der an den Reparationsverhandlungen beteiligten Ressorts zum Abschluss gebracht worden. Es wird von amtlicher Seite nochmals betont, daß die angeblichen Pläne, einen besonderen Kommissar, zum Beispiel den früheren Staatssekretär Dr. Bergmann,

für diesen Zweck zu ernennen, niemals ernstlich in Frage gekommen seien. Der neue Ausschuss ist, wie auch amtlich betont wird, nach dem Muster des handelspolitischen Ausschusses gebildet. Es gehören ihm dieselben Kabinettsmitglieder an, nur ist in dem neuen Ausschuss nicht der Wirtschaftsminister, sondern der Finanzminister federführend. Es versteht sich von selbst, daß dieser Ausschuss nur bei wichtigen Fragen zusammentreten wird, während die laufenden Angelegenheiten im Verkehr mit dem Reparationsagenten teils von den Staatssekretären oder von den dafür in Betracht kommenden Abteilungen des Finanzministeriums allein geführt werden. Die Leitung dieser Arbeiten wird nach wie vor in den Händen des Ministerialdirektors Dorn liegen.

Die Meldungen, daß der Reparationsagent die Absicht habe, den Schriftwechsel mit dem Finanzminister fortzusetzen, dürften ihre Aufklärung wohl in der Richtung finden, daß der große Jahresbericht des Reparationsagenten Ende November abgeschlossen wird. Man zweifelt nicht daran, daß Gilbert bei diesem Bericht die Antwort der deutschen Regierung auf sein Memorandum eingehend berücksichtigen wird. Außerdem gehen die mündlichen Verhandlungen mit dem Reparationsagenten weiter. Ein anderes neues Schriftstück außer dem Jahresbericht wird jedoch von ihm nicht erwartet.

Die Pressemeldungen über den angeblichen Plan, einen Beamten aus der Umgebung des Sparkommissars Saemisch zum Sparkommissar für die deutschen Städte zu ernennen, haben sich nicht bestätigt. Den Anlaß zu diesen Gerüchten hat vielleicht die Tatsache gegeben, daß einer dieser höheren Beamten in letzter Zeit innerhalb seines Ressorts Studien über das kommunale Finanzwesen angestellt hat, weil von verschiedenen Ländern, so z. B. Hessen und Thüringen, an den Sparkommissar die Bitte gerichtet wurde, das Finanzwesen dieser Länder nachzuprüfen. Auch in Kreisen der Berliner Stadtverwaltung sind anscheinend unverbindliche Erörterungen über diese Frage angestellt worden. Weder im Finanzministerium noch beim Sparkommissar ist jedoch von einem Plane der Neubesetzung eines Stadtkommissars etwas bekannt.

Bayern und das Gilbert-Memorandum.

München, 8. Nov. Im Bayerischen Landtag kam heute bei der Beratung des Etats des Finanzministeriums die Sprache auch auf das Memorandum des Reparationsagenten. Der Redner der Bayerischen Volkspartei, Abg. Dr. Probst, übte an dem Memorandum scharfe Kritik und erklärte, die Alliierten würden sich einer Täuschung hingeben, wenn sie glaubten, daß ein Einheitsstaat die Reparationslast tragen würde, als der Staat in der letzten Form. Auf die Dauer werde Deutschland die furchtbaren Kriegslasten überhaupt nicht aufbringen können. Für die sozialdemokratische Fraktion erklärte Abg. Dr. Kärnermann, es sei zuzugeben, daß der Reparationsagent die Grenzen, die durch seine Aufgabe gezogen seien und die ein besonders taktvolles Vorgehen verlangen, wenn es sich um die Behandlung innerdeutscher Angelegenheiten handle, nicht streng eingehalten habe. In der Antwort der Reichsregierung vermisse man vollständig, daß der Reparationsagent in keine Schranken zurückgewiesen worden wäre. In übrigen könne aus dem Schritt Gilberts nicht ein Vorwurf gegen die Unionisten abgeleitet werden.

Finanzminister Dr. Schmeltz äußerte zu dem Memorandum: eine Folge der vom Reparationsagenten unternehmen Aktion sei schon eingetreten, nämlich, daß Bayern seinen Anleihenbedarf während der nächsten zwei Jahre nicht decken könne.

Die Dezembertagung des Völkerbundes.

Für die am 5. Dezember beginnende neue Tagung des Völkerbundesrates wird nun das Arbeitsprogramm bekanntgegeben. Es umfaßt wieder eine große Anzahl von Punkten und man rechnet in Völkerbundskreisen mit einer Dauer der Tagung von über einer Woche. Unmittelbar Deutschland angehende Fragen dürften diesmal nicht so im Vordergrund stehen, wie das bei den letzten Tagungen der Fall war. Offiziell sind lediglich die Erledigung der zwischen Deutschland und Griechenland schwebenden Streiffrage über die Salamis und die der Westernplatte-Frage angelegt, wodurch deutsche Interessen unmittelbar berührt werden. Man erwartet jedoch das Eintreffen einer Abordnung aus dem Saargebiet, die die Ratstagung zum Anlaß nehmen dürfte, Wünsche des Saargebietes in bezug auf die Erziehung für das belgische Mitglied der Regierungskom-